„Berlin darf die Investitionskrise nicht weiter verschärfen“

23.06.26 | Berlin

„Berlin darf die Investitionskrise nicht weiter verschärfen“

UVB bekräftigt Kritik der Berliner Banken an Enteignungsplänen

„Das Vorhaben, Wohnungskonzerne zu enteignen, ist eine gefährliche Sache“, sagt UVB-Hauptgeschäftsführer Alexander Schirp. „Steigende Kreditzinsen und wachsende Unsicherheiten nicht nur in der Region, sondern in ganz Deutschland wären die Folge.“

Banken sehen Risiken für alle Branchen

Die Wirtschaft in Berlin und Brandenburg teilt die Warnung von vier großen Berliner Banken: Berliner Sparkasse, Berliner Volksbank, IBB und DKB. Wer Enteignungen politisch vorantreibt, gefährdet weit mehr als einzelne Wohnungsunternehmen. Höhere Kreditkosten und teurere Refinanzierungen würden nicht nur die Immobilienwirtschaft treffen. Unternehmen aller Branchen würden Investitionen zurückstellen oder ganz aufgeben. Genau das können sich weder Berlin noch Deutschland insgesamt leisten. „Es sind vor allem Investitionen, die uns fehlen. Das haben die vergangenen Krisenjahre gezeigt“, erinnert Schirp.

Keine unseriösen Ideen für Berlin

Die Hauptstadt braucht mehr wirtschaftliche Dynamik, mehr private Investitionen und bessere Rahmenbedingungen für Wachstum. Die Enteignungsdebatte sendet dagegen ein fatales Signal an Investoren und Unternehmen. Schirp: „Unseriöse und nicht durchdachte Ideen dürfen in der Berliner Politik keine Rolle spielen.“

Die Lösung der Wohnungsfrage liegt nicht in Enteignungen, sondern im Bauen, befindet er weiter. Wer die Wohnungsnot bekämpfen will, muss Neubau ermöglichen, Verfahren beschleunigen und Investitionen erleichtern. „Mehr Wohnraum gibt es nur durch mehr Neubau.“

Disclaimer

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb. Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:
+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] uvb-online.de

Download VCF